Sonntags-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt“ und „Handels-Zeitung“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal. Preis-Beiblätter zum „Berliner Tageblatt“: jeden Montag „Zeitgeist“, jeden Mittwoch „Technische Rundschau“, jeden Donnerstag und Sonntag illustrierte Ehrenpreis „Der Welt-Spiegel“, jeden Freitag das illustrierte Wochenblatt „ULK“, jeden Sonnabend „Haus Hof Garten“. Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Rußlands und der Donaustaaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch d. Exped. d. Blattes möglich. In Berlin abonniert man b. d. Haupt-Expedition SW. 19, Jerusalemerstr. 46/49, sowie den nebenstehend aufgeführten Filialen.
Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Bezugs- und Anzeigen-Preis.
Durch die Post bezog. viertelj. 6 M., Rußland cpl. Postaufschlag; für Berlin b. tägl. zweimalig. Zustellung monatl. 2 M., viertelj. 6 M. Direkt unter Kreuzb. monatl.; fürs Ausland 8 M., fürs Inland 5.20 M. Inserate à Zeile 80 Pf. („General-Anzeiger“ und „Wohnungs-Anzeiger“ 50 Pf.) Inserat. u. Abonn.-Ann. in der Haupt-Exped. SW. 19, Jerusalemerstr. 46/49 u. b. Filial.: Leipzigerstr. 108; Potsdamerstr. 38; Potsdamerstr. 32; Königstr. 56/57; Prinzenstr. 41; Mathenowerstr. 8; Schiffbauerdamm 1; Große Frankfurterstr. 81; Frankfurter Allee 1/62; Blücherstr. 20; Wilmersdorf, Uhlandstr. 28/29; Charlottenburg, Kantstr. 24; Friedenau-Steglitz, Rheinstr. 29; Schöneberg, Frankfurter Chaussee 129; Pankow, Borndolmerstr. 1; Rixdorf, Berlinerstr. 41; Schöneberg, Hauptstr. 155; Weißensee, Königs-Chaussee 61b; Wilmersdorf, Uhlandstr. 28/29.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 118
39. Jahrgang

Sonntag
6. März 1910

Hierzu die Illustrierte Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel“ Nr. 19.

Politische Wochenschau.

Von
Paul Michaelis.

Angesichts der sich immer schärfer zuspitzenden Wahlrechtskämpfe in Preußen bedeutet es eine Verheißung des endlichen Sieges der freiheitlichen Forderungen, daß die übergroße Mehrheit der gebildeten Schichten des Volkes sich mit den Massen der Wähler dritter Klasse in dem Ziele einig weiß. Während die Regierung in den ausgetretenen Gleisen des Klassenstaates sich neu einzurichten sucht, ja das „elendeste Wahlrecht“ noch weiter zu verstümmeln bemüht ist, und während Junker und Klerikale mit verteilten Rollen an der Entrechtung des Volkes arbeiten, erhebt sich aus den besten Kreisen des Bürgertums heraus ein immer schärferer Widerspruch gegen den reaktionären Druck, der nun schon so lange auf der preußischen Monarchie lastet.

Die große Kundgebung im Zirkus Busch, die am letzten Sonntag stattfand, hat zum erstenmal Bürger und Arbeiter aller Schichten einträchtig zusammengeführt. Es mag an sich nicht so schwer sein, in einer Millionenstadt den Riesenraum des Zirkus Busch zu füllen, obgleich ein solcher Massenandrang wie am letzten Sonntag nur selten zu verzeichnen war, aber die Zusammensetzung dieser Wahlrechtskundgebung war einzigartig. Hier fanden sich die Wähler der ersten mit den Wählern der dritten Klasse zusammen. Hier saßen auf der gleichen Bank die Kaufleute und Industriellen mit ihren Arbeitern und Angestellten, hier hatten sich die Vertreter der Wissenschaft und Kunst mit den Männern des praktischen Lebens zusammengefunden. Und je länger die Versammlung dauerte, um so einmütiger wurde der Wille, der sie erfüllte. Er machte sich zuletzt Luft in der einmütigen Forderung der gleichen Wahl, die ursprünglich aus Rücksicht auf die nationalliberalen Teilnehmer nicht erwähnt werden sollte. Daß schließlich die ganze Versammlung ohne Ausnahme sich für die gleiche Wahl entschied, das beweist mehr, als es die energischen Reden der einzelnen Redner vermochten, wie einmütig heute die preußischen Wähler in allen ihren Schichten sind, soweit sie überhaupt zum selbständigen politischen Denken erwacht sind, und soweit sie sich nicht von schäbigem Egoismus und Klassenhochmut leiten lassen. Man darf aber wohl mit Zuversicht aussprechen, daß dieser gemeinsamen Forderung der intellektuellen Kreise und der breiten Masse des Volkes auf die Dauer weder eine schwache Regierung noch der Zusammenschluß der reaktionären Parteien widerstehen kann. Das gleiche, geheime und direkte Wahlrecht wird auch in Preußen sich durchsetzen, wenn auch erst nach schweren und harten Kämpfen.

Dabei fehlt es freilich nicht an einzelnen Vertretern des Bürgertums, die aus Leisetreterei oder auch aus Angst vor der „roten Gefahr“ den Wahlrechtskämpfern in den Arm fallen möchten. Wenn freilich einige Dutzend rheinischer und westfälischer Industrieller im Bunde mit einigen Beamten und Agrariern sich zu einer Erklärung für die öffentliche Wahl aufraffen, so nehmen wir diesen Vorgang nicht tragisch. Diese guten Leute und schlechten Musikanten täten besser, in der Partei des Herrn v. Heydebrand Unterschlupf zu suchen, zu der sie ihrer ganzen politischen Richtung nach gehören. Bedenklicher ist es schon, daß auch der Hansabund, der doch zur Vertretung der Ansprüche des deutschen Bürgertums berufen ist, sich nicht einmal zu der entschiedenen Vertretung der geheimen Wahl aufschwingen kann. Es scheint fast, als müßte er erst aus dem Kreise seiner Mitglieder heraus zu einer klaren Haltung genötigt werden.

Leider haben auch einige Bürgermeister sich bemüßigt gefühlt, ihren Stadtverordnetenversammlungen, die für das freie Wahlrecht eintraten, Schwierigkeiten zu bereiten. Leute wie der Frankfurter Oberbürgermeister Adickes und der Kieler Bürgermeister Fuß zeigen damit nur, daß sie ihre Zeit nicht begriffen haben. Sie sollten sich ein Beispiel an dem Oberbürgermeister von Breslau nehmen, der einen Eingriff in den Wahlrechtsbeschluß der Breslauer Stadtverordneten mit den Worten zurückwies, daß er sich nicht unsterblich blamieren wolle. Die Herren Adickes und Fuß haben es leider vorgezogen, sich unsterblich zu blamieren; und manche Stadtverordnetenversammlungen nach Rixdorfer Muster gleichfalls. Aber solche peinlichen Begleiterscheinungen, die nur aus einer gewissen Disziplinlosigkeit des Bürgertums und aus der allzu langen Entwöhnung vom politischen Leben erklärt werden können, wollen gegenüber dem elementaren Wahlrechtssturm, der alle Kreise des Volkes in Mitleidenschaft gezogen hat, nichts besagen.

Auch sorgt der schwarze Block schon selbst dafür, daß auch diesen leisetretenden Elementen allmählich die Augen aufgehen dürften. Offenbar hatte man in gewissen rechtsliberalen Kreisen damit gerechnet, daß es sich die Konservativen doch noch überlegen würden, ob sie nicht die nationalliberale Partei zur „positiven Mitarbeit“ bei der endgültigen Gestaltung der preußischen Wahlrechtsvorlage einladen würden. Es sieht auch so aus, als seien die Konservativen zwischen der ersten und zweiten Lesung der Vorlage in der Kommission an die Nationalliberalen herangetreten, um sie auf ihre Seite zu ziehen. Aber dieser Versuch ist wohl nicht einmal ehrlich gemeint gewesen, und jedenfalls dachten die Konservativen gar nicht daran, den Nationalliberalen irgendein sachliches Zugeständnis zu machen. Sie wissen sich eben in der Gemeinschaft mit dem Zentrum sicher und geben freiwillig nichts von ihren Wahlrechtsprivilegien preis.

Genau wie es im Reich bei der Finanzreform ging, so dürfte es auch bei der preußischen Wahlreform gehen. Der schwarze Block macht die Sache unter sich ab in der selbstverständlichen Voraussetzung, daß die Regierung, die ja nur den Willen des schwarzen Blocks zu vollstrecken hat, seinen Beschlüssen sich demütig und gehorsam beugen werde. Darin dürfte sich auch der schwarze Block kaum täuschen. Der preußische Minister des Innern hat allerdings bei der zweiten Lesung der Wahlrechtsvorlage in der Kommission allerlei schwächliche Einwände gegen das harte Joch geltend zu machen gesucht, das der schwarze Block der Regierung auferlegen will, und besonders gegen die Wiedereinführung der indirekten Wahl, nachdem die Regierung erklärt hatte, daß gerade die Einführung der direkten Wahl der wichtigste Punkt ihrer Vorlage sei. Aber wenn der schwarze Block es fordert, dann fügt sich eben Herr v. Bethmann Hollweg. Dann nimmt er auch an der Stelle der öffentlichen und direkten Wahl, die den reschlagen hatte, die geheime und indirekte Wahl, die den reaktionären Parteien besser in den Kram paßt. Das ist ja unter Kameraden ganz egal.

Die Folge dieser gescheiterten Kompromißversuche war jedenfalls, daß die Konservativen und Klerikalen in der Kommission rasche Arbeit machten. Ein einziger Tag reichte aus, um die ganze zweite Lesung zu bewältigen. Das war natürlich nur möglich, wenn man es eben bei den Beschlüssen der ersten Lesung beließ. Tatsächlich ist denn auch so gut wie nichts mehr geändert worden. Nur bei der Auswahl der Wahlmänner ist für die größeren Gemeinden, nicht etwa auch für die Landgemeinden, eine gewisse Bewegungsfreiheit gewährt worden, und den Wählern, die keine Einkommensteuer zahlen, hat man das Trinkgeld einer Mark zugeworfen. Ihre staatlichen Leistungen sollen künftig statt mit drei mit vier Mark eingeschätzt werden.

Sonst aber wurde nichts mehr geändert. Es soll bei der indirekten Wahl bleiben, die nur durch die geheime Wahl der Urwähler ein kleines und dürftiges Mäntelchen bekommen hat. Es soll auch bei der vor fünfzig Jahren durchgeführten Einteilung der Wahlkreise bleiben, obwohl in dem letzten halben Jahrhundert sich die Bevölkerung in stärkstem Maße verschoben hat. Das ist allerdings eine Wahlreform nach dem Herzen der Junker und der Klerikalen. Sie werden deshalb auch alles tun, um so schnell als möglich diese Karikatur einer Wahlreform sicherzustellen, in der Erwartung, daß dann der Wahlrechtskampf zur Ruhe kommen dürfte. Schon in dieser Woche soll deshalb die zweite Lesung der Vorlage im Plenum beginnen, der die dritte auf dem Fuße folgen soll, damit noch vor Ostern das Abgeordnetenhaus mit seinen Beratungen fertig sei, und das Herrenhaus unmittelbar nach Ostern seinen Segen zu dem Werke geben könne.

Ob sich an diesem feinen Plänchen noch etwas ändern läßt, das ist sehr fraglich. Jedenfalls würde man sich täuschen, wollte man annehmen, daß der schwarze Block selbst noch Aenderungen an den einmal gefaßten Beschlüssen vornehmen würde. Aber auch von der Regierung erwarten wir nichts; sie dürfte einfach die Beschlüsse des schwarzen Blocks ratifizieren; und schließlich ist vom Herrenhause erst recht nichts zu erwarten. Aber wenn schon diesmal aller Widerstand vergebens sein sollte, so darf doch wenigstens die Regierung nicht im Zweifel darüber gelassen werden, daß mit dieser Reform der Wahlrechtskampf nicht erledigt ist, sondern erst recht anfangen wird. Und es ist immerhin ein Gewinn, daß auch die Nationalliberalen ihre Trennung von dem schwarzen Block vollzogen haben. Es mag ihnen nicht leicht geworden sein, sich auch in Preußen wie im Reich in die Opposition drängen zu lassen, aber sie mußten schließlich einsehen, daß man den Versuch machte, das Odium der Wahlrechtsbeschlüsse von den Parteien des schwarzen Blocks auf sie selbst abzuschieben. Und wir vertrauen auch auf die Kurzsichtigkeit und Begehrlichkeit der reaktionären Parteien, die schon dafür sorgen werden, daß auch bei den weiteren Beratungen die Nationalliberalen in der Opposition beharren müssen, wenn sie nicht an sich selbst Harikiri vollziehen wollen.

Die bürgerlichen Parteien werden, ob sie wollen oder nicht, durch die allzuübermütig gewordene Reaktion gewaltsam zusammengeführt, und dieser Prozeß wird notwendig weiter gehen. Bis zu einem gewissen Grade sieht man auch bereits die Wirkung an dem Zusammenschluß der freisinnigen Parteien, die heute vollzogen werden soll. Die Fortschrittliche Volkspartei, die jetzt ins Leben tritt, bedeutet zum mindesten, daß künftig die liberale Linke einmütig zusammengehen und zusammenstehen will. Man wird alle Bedenken, die man im einzelnen an dem Programm der neuen Partei und an anderen Einzelheiten haben könnte, zurückdrängen müssen in der Ueberzeugung, daß dieser Zusammenschluß eine politische Notwendigkeit war, und in der Hoffnung, daß er dem freiheitlich gesinnten Bürgertum eine stärkere Aktionsfähigkeit verleihen wird. Möge dem Zusammenschluß der Aufschwung folgen: durch Kampf zum Sieg!

Die Wahlrechtsmanifestation der Sozialdemokratie.

Nicht nur die gesamte linksliberale Presse, ohne jede Ausnahme, wendet sich gegen das Verhalten des Polizeipräsidenten v. Jagow in der Angelegenheit des „Treptower Spazierganges“, sondern selbst die klerikale „Germania“ schreibt:

„In zahlreichen anderen Städten sind Versammlungen unter freiem Himmel genehmigt worden. Wo sind die „berechtigten Gründe“, die das in Berlin nicht gestatten? Den Sozialdemokraten ist jedenfalls mit dem Verbot des „Spaziergangs“ ein größerer Gefallen erwiesen als mit dem Geschehenlassen. Aus dem „Spaziergang“ läßt sich kein Agitationskapital schlagen, aus dem Verbot aber desto mehr.“

Nachdem nun Herr v. Jagow in seiner gestrigen, so schön stilisierten neuesten Proklamation erklärt hat, der Treptower Park werde mit Gewalt gegen die „Spaziergänger“ verteidigt werden, täte unseres Erachtens die Sozialdemokratie am klügsten, wenn sie auf den angekündigten Massenbesuch des Treptower Parkes definitiv verzichten und Herrn v. Jagow und die von ihm aufgebotenen Mannschaften allein in Treptow spazieren gehen ließe. Die verständigeren Elemente der Sozialdemokratie können kein Interesse daran haben, in einem blutigen Zusammenstoß mit der Polizei Menschenleben aufs Spiel zu setzen und das Schauspiel einer Straßenschlacht zu geben, das man in den reaktionären Kreisen bereits erhofft. Wenn die sozialdemokratischen und freiwillig den verbotenen Park vermeiden, so wird die öffentliche Meinung sich noch stärker gegen Herrn v. Jagow wenden als bisher. Denn darüber darf sich Herr v. Jagow Illusionen nicht hingeben: diese Affäre bedeutet auch dann, wenn er in Treptow heute siegt, für ihn keineswegs einen Triumph. Die ganze Art, wie er die Genehmigung solcher Kundgebungen erst verhieß und dann die harmloseste dieser Kundgebungen verbot, wird weder sehr sympathisch gefunden, noch sehr geschickt. Und „Proklamationen“, in denen gesagt wird, die politische Agitation betätige sich im Parlament „wahrlich übergenug“, wischen den üblen Eindruck gewiß nicht weg.

Volkspartei!

Von
Friedrich Naumann,
Mitglied des Reichstags.

[Nachdruck verboten.]

Die Einigung der Linksliberalen ändert zwar im Augenblicke ihres formellen Vollzuges wenig an den politischen Verhältnissen, denn die Abgeordneten der drei in diesen Tagen sich verbindenden Parteien haben schon bisher in treuer Gemeinschaft gearbeitet und auch die Vereine im Lande haben längst angefangen, sich freundschaftlich in eine Kampfesreihe zu stellen. Das, was jetzt vor sich geht, ist zunächst nichts als die äußere Fertigstellung eines innerlich schon hinreichend vorbereiteten Werkes. Es ist mit dieser Vereinigung der Linksliberalen etwas langsamer gegangen, als manche Beteiligte gewünscht haben, aber nachträglich können wir alle gern zugeben, daß dadurch nichts versäumt, aber mancherlei gewonnen wurde. Jetzt ist die Ueberzeugung von der Notwendigkeit dieses Schrittes so allgemein, daß der Einigungsbeschluß nirgends mehr wie ein fremder Zwang wirken kann. Die Sache ist reif. In diesem Augenblick wird kein verständiger Mensch mehr um Einzelheiten rechten. Ob der Name so oder anders lautet, ob wir diesen oder jenen Paragraphen des Programms etwas anders gefaßt haben würden, verschwindet völlig vor der Tatsache, daß nun die alten Streite begraben und die alten Parteischiffe verbrannt sind. Alle diese Rechnungen sind gegenseitig beglichen. Wer frühere Gegensätze jetzt noch hervorholen wollte, würde etwas Unverständliches tun und nur sich selber isolieren. Es gibt nun vom Bodensee bis hin nach Ostpreußen und Friesland eine deutsche fortschrittliche Volkspartei, in der alle deutschen Dialekte gesprochen werden und in der die Demokraten des Südens sich mit den Söhnen der alten Fortschrittler und mit den Linksnationalliberalen vom Jahre 1881 verbinden. Es entsteht aus den drei getrennten Parteigeschichten der Vergangenheit eine gemeinsame Tradition, in der alle tapferen und klugen Führer der alten Zeiten Kopf neben Kopf bei einander stehen: Waldeck, Hoverbeck, Eugen Richter, Mommsen, Virchow, Langerhans, Bamberger, Rickert, Barth, Prater, Haußmann, sowohl der Vater wie der Bruder unseres Stuttgarter Freundes und viele andere; es entsteht eine gemeinsame nationale Geschichte der Vorkämpfer der bürgerlichen Freiheit und des verfassungsmäßigen Rechtes. Wir wissen alle, daß diese Geschichte voll ist von Mühsal und Enttäuschung, aber noch voller ist sie von hingebendem Idealismus und opfervoller Bereitschaft, dem ganzen Volke zu dienen. Es leben auch unter uns Männer, die schon seit Jahrzehnten im Kampfe stehen und mit ihrer Unermüdlichkeit uns allen ein Vorbild sind wie Traeger und Schrader, es geben sich in diesen Tagen die erprobten Parlamentarier des Südens und Nordens die Hand und versprechen sich: Wir wollen die Arbeit unserer geistigen Väter nicht verloren sein lassen! Das ist ein Vorgang, dessen sich die Miterlebenden freuen